

Protokoll
der öffentlichen Sitzung (Nr. 15/23-27) des Beirates Neustadt
am Donnerstag, den 30.01.2025,

in der Aula der Wilhelm-Kaisen-Oberschule, Valckenburghstraße 1-3, von 19.00 bis 21.41 Uhr

Anwesend:

Ulrike Heuer	Anke Maurer	Britta Schmidt
Christian Kok	Marlin Meier	Udo Schmitz
Lars Köke	Janne Müller	Renee Wagner
Gabriele Mahro	Johannes Osterkamp	
Vibke Martens (bis 20:29)	Azalea Rahman	

Fehlend: Colin Nolte, Jens Oppermann, Kai Stührenberg (e), Martina Tallgauer-Bolte (e), Marcus Tödtheide (e)

Referent:innen: Herr Berke (SKB), Frau Huschke (AfSD), Frau Jank (AfSD), Frau Krug (SKB), Herr Krebs (IM), Herr Lehr (SASJI), Herr Peper (Polizei Bremen), Herr Sartoris (Polizei Bremen), Herr Stoessel (SKB)

Gäste: Vertreter:innen der Presse und weitere interessierte Bürger:innen

Vorsitz: Uwe Martin

Protokoll: Viktoria Hochlan (beide Ortsamt Neustadt/Woltmershausen)

Abkürzungen: AfSD = Amt für Soziale Dienste, BI = Bürgerinitiative Hohentor, BM = Beiratsmitglied, BS = Beiratssprecher:in, BV = Beschlussvorschlag, FA = Fachausschuss, IM = Verein für Innere Mission Bremen, OA = Ortsamt, OAL = Ortsamtsleitung, OKJA = Offene Kinder- und Jugendarbeit, SASJI = Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration, SKB = Senatorin für Kinder und Bildung, TOP = Tagesordnungspunkt

TOP 1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt und die Tagesordnung genehmigt. (einstimmig)

TOP 2. Genehmigung des Protokolls vom 05.12.2024 (Nr. 14/23-27)

Beschluss: Der vorliegende Protokollentwurf wird ohne Änderungen genehmigt. (einstimmig)

Herr Peper, von der Polizei Bremen erhält das Wort.

Er wechselt die Arbeitsstelle und bedankt sich für die stets vertrauensvolle und lösungsorientierte Zusammenarbeit mit dem Beirat Neustadt und dem Ortsamt Neustadt/Woltmershausen. Eine Nachfolgerin für ihn sei bereits gefunden, sodass der Posten nahtlos übergeben werden könne.

Der BS bedankt sich im Namen des Beirates auch bei Herrn Peper für die immer sehr gute Zusammenarbeit und wünscht ihm für den neuen Einsatzbereich alles Gute.

Herr Sartoris, Leitung des Polizeikommissariats Süd, berichtet über die aktuelle Sicherheitslage in der Neustadt. Er teilt mit, dass die Ermittlungsarbeiten bzgl. des kürzlich stattgefundenen Überfalls auf eine Shisha-Bar in der Neustadt mit höchster Priorität behandelt würden. Auch werde wegen des Überfalls in der Erlenstraße ermittelt. Über Details könne bei laufenden Ermittlungsverfahren jedoch nicht gesprochen werden.

Die Polizei ist vermehrt mit Raumschutzmaßnahmen im Stadtteil, vor allem in den Ortsteilen Alte Neustadt, Hohentor und Neustadt, präsent. Wichtig sei, das Sicherheitsgefühl der Bürger:innen zu stärken. Betreffend den Bereich um den Container am Hohentorspark seien besonders kriminalitätsbelastete Straßen im Umkreis und der Neustadt identifiziert worden, um die polizeilichen Maßnahmen daran orientieren zu können. Gegenüber dem vergangenen Herbst seien die Kontrollmaßnahmen noch einmal intensiviert worden, sodass die Kontaktpolizei nun nahezu täglich vor Ort sei. Es gebe regelmäßige behördenübergreifende Sicherheitsspaziergänge im Stadtteil und es seien einige Präventionsmaßnahmen geplant. Zudem sei angedacht, den Bereich um den Container am Hohentorspark als besonderen Kontrollort einzurichten, um die Befugnisse der Polizei dort zu erweitern.

TOP 3. Aktuelle Stadtteilangelegenheiten

- **Bürger:innenanträge, Fragen und Wünsche in Stadtteilangelegenheiten**

- Ein Bürger spricht an, dass an der Kreuzung Lahnstraße/Hohentorsheerstraße häufig gerast werde. Dort herrsche eine Rechts-vor-Links-Regelung, die nicht eingehalten werde. Er bitte darum, dort eine Haltelinie auf den Asphalt aufzutragen, um die Einhaltung der Verkehrsregeln an dieser Stelle zu unterstützen.

Ein BM von DIE LINKE teilt mit, dass der [FA Mobilität und Stadtentwicklung des Beirates Neustadt in seiner Sitzung am 28.11.24 bereits verkehrsberuhigende Maßnahmen für diesen Bereich beschlossen habe](#).

- Ein Bürger teilt mit, dass er bereits schriftlich einen Bürgerantrag betreffend die Sicherheitslage in der Neustadt beim OA eingereicht habe. Er sei wohnhaft in der Erlenstraße und habe von vielen Anwohnenden Unterstützung für seinen Antrag erfahren. Es gehe ihm vorwiegend um die Verbesserung des Sicherheitsgefühls in der Neustadt, da es vermehrt zu Vorfällen komme, die dieses schwächen, so bspw. ein Delikt mit Schusswaffengebrauch im August in der unmittelbaren Nachbarschaft. Nun habe er gehört, dass die Polizei bereits einige Maßnahmen ergriffen habe, um die Sicherheit im Stadtteil wieder zu verbessern.
Die OAL teilt mit, dass der Antrag des Bürgers bereits allen Beiratsmitgliedern vorliege.

- **Berichte der Beiratssprecher**

- ./.

- **Berichte des Amtes**

- ./.

TOP 4. Bericht aus dem Regionalausschuss Klinikum Links der Weser

./.

TOP 5. Perspektive der Oberschule Delmestraße

Zu diesem TOP haben Herr Berke, Frau Krug und Herr Stoessel eine [Präsentation](#) vorbereitet.

Herr Stoessel teilt mit, dass die Erschließung des Schulgrundstückes in Vollem Gange sei. Die große Herausforderung sei die anstehende Transformation bei laufendem Betrieb ab dem Schuljahr 2024/25. Herr Stoessel erläutert anhand der Präsentation die einzelnen Entwicklungsschritte und geht detailliert auf Fragen aus dem Beirat und der Bevölkerung ein.

Die Nachfragen betreffen die Zügigkeit der Schulen, die Nutzung / Zuweisung der Räume für die Schulen in den nächsten Schuljahren, die Bereitstellung und die Ausstattung der Außenflächen / des Schulhofes und seine pädagogisch angemessene Nutzung, sowie der Planungsstand bzgl. Schüler:innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf (Wahrnehmung und Entwicklung, W+E) und der Nutzung der Sporthalle für den Schulsportunterricht.

Herr Berke gibt an, dass W+E zum kommenden Schuljahr eingerichtet werden müsse, da es bereits entsprechende Schüler:innenzuweisungen gebe. Auch teilt Herr Berke mit, dass die Oberschule für das kommende und darauffolgende Schuljahr jeweils 5-zügig geplant sei, bei der Grundschule sei für das kommende Schuljahr 3-zügig angedacht. Er gesteht ein, dass das Außengelände unter pädagogischen Gesichtspunkten nicht schön gestaltet sei. Aktuell mangle es an den finanziellen Mitteln für eine adäquate Gestaltung. Jedoch befinde man sich in einem kreativen Prozess mit den Eltern und Liegenschaften, sodass im Rahmen der Möglichkeiten eine gute Lösung gefunden werde.

Ein BM der Partei DIE LINKE teilt mit, dass sie mit den Ausführungen unzufrieden sei. Viele Eltern seien besorgt, ob das besondere Konzept der Schule überhaupt umgesetzt werden könne. Herr Stoessel gibt an, dass zum neuen Schuljahr im gesamten Block B zwei Etagen zur Verfügung stünden. Das vorgestellte Konzept könne umgesetzt werden. Ab dem Schuljahr 2025/26 werde der bisher durch die Inge-Katz-Schule genutzte Platz frei.

Der BS fragt, welche Maßnahmen und Bedarfe mit Haushaltsmitteln hinterlegt seien.

Im Dezember seien alle Bedarfe von SKB, inklusive der Delmestraße, zusammengestellt worden und durch sämtliche Gremien, Deputation, Haushalts- und Finanzausschuss und Senat, gegangen. Sie stünden also zur Verfügung.

Eine Bürgerin erkundigt sich zum weiteren Vorgehen bei der Inge-Katz-Schule. Diese solle langfristig im ehemaligen Sparkassengebäude bleiben. Ihr sei jedoch kein Konzept hierfür bekannt, was wichtig sei, da auch beeinträchtigte Schüler:innen die Inge-Katz-Schule besuchen würden.

Herr Stoessel erläutert, dass das Konzept für die Inge-Katz-Schule parallel zu den Arbeiten in der Delmestraße und dem Umzug erarbeitet werde. Das Konzept stehe voraussichtlich im März zur Verfügung.

Ein Bürger fragt ob und wie eine Zuwegung für das Kitazentrum geplant sei.

Ein entsprechend gestaltetes Außengelände und die separate Zuwegung seien geplant, müssten jedoch separat vorgestellt werden, da dies nicht im Zuständigkeitsbereich von Herrn Stoessel liege.

Eine Bürgerin, Mitglied des BTS Neustadt, teilt mit, dass seit 2020 von der Stadt geplant sei, die Sporthalle zu übernehmen. Die Halle sei aus 1984 und müsse dringend renoviert werden. Hierüber habe der Sportverein zahlreiche Gutachten auf eigene Kosten anfertigen lassen. Auch habe der BTS auf dem Gelände zwölf PKW Parkplätze für die Mitglieder. Es sei geplant, die gemeinsame Zuwegung von Sporthalle und der KiTa mit einer Schranke abzusperren. Sie bitte darum, die Parkplätze weiterhin verfügbar zu halten. Außerdem sei keine geeignete Zuwegung für Fußgänger:innen und Fahrradfahrende, sowie Autos geplant, was katastrophal sei. Ein Bürger ergänzt, dass die Abstimmung über die Hallennutzung nicht mit dem Landessportbund erfolgen müsse, da es sich hier um eine vereinseigene Halle handele, die aus eigenen Mitteln bezahlt werde.

Herr Stoessel gibt an, diese Information mitzunehmen.

Ein Mitglied des Elternbeirates der Oberschule an der Delmestraße teilt mit, dass die Komplexität des gesamten Projektes gesehen werde. Die Planungslücken seien jedoch überall sichtbar und im Elternbeirat gebe es viele offene Fragen. Die Schule habe mit dem besonderen Konzept einen daraus resultierenden besonderen Raumbedarf für den künstlerisch-musischen Bereich. Er bitte dringend um weiteren Austausch, um die offenen Fragen klären zu können.

Herr Stoessel entgegnet, dass der Gebäudeteil C der nächste sei, der zur Verfügung stehen solle. Darüber hinaus seien in den oberen Geschossen ebenfalls Räume, die der Schule zur Verfügung stünden. Alles Weitere, auch die Ausstattung für Schüler:innen mit besonderen Bedarfen, müsse noch im Detail erarbeitet werden.

Eine Frau des Elternbeirates gibt an, dass Gebäudeteil B aktuell nicht ausreiche für alle Bedarfe, die abgedeckt werden müssten und geplant seien. Auch sei der Außenbereich schlecht gestaltet und zu klein und der Pausenraum habe keinerlei Sitzmöglichkeiten. Die Inge-Katz-Schule solle 2027 ausziehen. Eigentlich müsse das Gebäude C schon mitgenutzt werden können. Doch diese Möglichkeit bestehe nicht, weil die Kinder der 5. Klasse zu laut seien, weshalb der Außenbereich ebenfalls nicht ansprechender gestaltet werden solle. Sie sei frustriert, weil keine Perspektive aufgezeigt werde. Es sei enorm, was das Lehrpersonal leiste, bei zwei Umzügen in zwei Jahren. Es laufe nicht ideal, weshalb sie sich wünsche, gemeinsam in die Zukunft zu planen.

Herr Stoessel erklärt, dass eine Baustelle für alle Seiten immer auch eine Herausforderung darstelle. Es sei angedacht, den Neubau auch im Obergeschoss der Oberschule zur Verfügung zu stellen. Der geforderte Dialog solle aber gerne geführt werden, um das Projekt gemeinsam zu einem vernünftigen Ende zu bringen.

Eine Bürgerin teilt mit, dass sie ihre Tochter extra an der Oberschule an der Delmestraße angemeldet habe. Selten habe sie jedoch eine derart schlechte Organisation erlebt. Sie habe die Sorge, dass sich die Umsetzung des Konzeptes immer weiter verzögere. Im nächsten Jahr seien 13 Klassen geplant, die einen gepflasterten Schulhof ohne jegliche Gestaltung nutzen dürften. Auch der Sportunterricht, als Ausgleich, finde nicht statt. Außerdem sei sie an einer Essensversorgung interessiert, wenn die Cafeteria einziehe.

Herr Stoessel betont, dass es sich bei dem Projekt um einen Prozess handele. Die Gestaltung des Außengeländes werde angegangen. Insgesamt werde das Konzept noch einmal vorgestellt, ist jedoch in ständiger Bearbeitung.

Der BS gibt an, dass der Beirat sich darüber freue, dass die Schule an diesen Standort komme und über die engagierte Schulleitung und das Lehrpersonal.

Die Erwartung sei, dass das Konzept in den vorgestellten Schritten umgesetzt werde. Er bitte SKB darum, den Fortschritt regelmäßig im Beirat vorzustellen, insbesondere wenn der Zeitplan nicht eingehalten werden kann. Ebenfalls bitte er SKB, auf die Schulleitung der Inge-Katz-Schule zuzugehen, um gemeinsam die unter den aktuellen Möglichkeiten für die Schüler:innen besten Bedingungen zu schaffen. Es solle daraufhin gewirkt werden, das Funktionieren der Zusammenarbeit aller Akteure auf dem begrenzten Gelände zu gewährleisten. Auch solle den Bedürfnissen der jüngeren Kinder Rechnung getragen werden. Möglicherweise könne der Beirat bei der Schulhofgestaltung über Mittel des Stadtteilbudgets Verkehr unterstützen. Dies müsse jedoch im Koordinierungsausschuss des Beirates beraten werden.

Ein BM der FDP schlägt vor, alle Akteure an einen Tisch zu holen und die einzelnen Probleme und Bedürfnisse zu erfragen, sowie detailliert das Konzept vorzustellen und zu beraten.

Herr Berke gibt an, dass regelmäßige Treffen mit den drei beteiligten Schulen stattfinden würden. Zuletzt vor ca. drei Wochen, jedoch ohne den Sportverein. Hier seien jedoch auch die Ressourcen begrenzt.

Ein Bürger äußert, dass er an der Inge-Katz-Schule arbeite. Bisher habe kein Austausch stattgefunden. Es handele es sich um eine dynamische Planung ohne vorherige Absprachen. Alle Akteure würden vor vollendete Tatsachen gesetzt werden und würden sich den Austausch mit der Bildungsbehörde wünschen.

TOP 6. Stellungnahme zu: Containerstandort Hohentorspark

Die OAL erläutert, dass am Vortag ein Treffen mit Mitgliedern des Beirates, der IM, der Ambulanten Suchthilfe Bremen, der Therapiehilfe Bremen und der BI stattgefunden habe. Dabei habe die BI eine [Stellungnahme](#) zu dem, auf der Website des Ortsamtes veröffentlichtem, [BV](#) verfasst. Daraufhin sei der BV noch einmal dahingehend angepasst worden, dass es sich um keine temporäre, sondern einjährige Verlängerung der Sondernutzungserlaubnis für den Container am Hohentorspark handeln solle. Die OAL gehe davon aus, dass die Stellungnahme der BI sich nicht auf den angepassten BV beziehe. Sie werde dennoch Online zur Verfügung gestellt. Insgesamt habe es sich bei der Gesprächsrunde um einen guten Austausch gehandelt.

Der BS erläutert die Thematik. Es sei bekannt, dass es in ganz Bremen, somit auch in der Neustadt ein Problem mit drogenkranken Menschen gebe. Der Beirat und viele Akteure unterschiedlicher Träger und aus der Verwaltung würden nach einer menschlichen Lösung suchen, um sowohl den drogenkranken Menschen, als auch Anrainer:innen gerecht zu werden. Hierbei handele der Beirat nach bestem

Wissen und Gewissen. Die Bürgerbeteiligung habe bei der Umorientierung der Szene vom Lucie-Flechtmann-Platz zum Hohentorspark offensichtlich nicht gut funktioniert und viele Bürger:innen hätten sich nicht ausreichend abgeholt gefühlt. Dafür bitte er erneut um Entschuldigung. Eine Lösungsfindung gestaltete sich sehr umfangreich. Zum einen habe der Beirat die entsprechenden Stellen in seiner Sitzung am 05.12.24 in [mehreren Beschlüssen](#) aufgefordert, eine feste Drogenhilfeeinrichtung einzurichten. Mit Vertreter:innen der Bausenatorin, Gesundheit etc. habe man kürzlich zusammengesessen und mögliche Immobilien dafür vorbesprochen. Nächste Woche sei ein zweiter Termin geplant, um die Suche konkretisieren zu können. Das Ziel sei, den Menschen einen geschützten Raum für Konsumvorgänge mit medizinischer Versorgung zu bieten.

Zum anderen habe ein Gespräch mit Vertreter:innen des Senators für Inneres und Sport stattgefunden. Hierbei sei ein grobes Konzept zur Umsetzung von Sozialraumläufer:innen erarbeitet worden. Diese Personen sollen Ansprechpartner:innen für die Bürger:innen sein und gleichzeitig in der Kommunikation mit drogenkranken Menschen geschult sein. So könne möglichst niedrigschwellig ein Dienst angeboten werden, um über Ordnungsbehörden und Sozialarbeitende hinaus für Sicherheit und Ordnung zu sorgen. Dieses Angebot solle möglichst schon ab Beginn der warmen Saison starten.

Eine feste Einrichtung gebe es derzeit noch nicht, weshalb der Container noch für ein weiteres Jahr am Hohentorspark stehen bleiben soll. Der Beirat sei nicht erfreut über die Verlängerung, halte dies jedoch für die aktuell geeignetste Lösung, um mit der Situation umzugehen. Von Seiten der dort tätigen Sozialarbeitenden sei überdies zurückgemeldet worden, dass die Arbeit vor Ort gut funktioniere, weshalb der Container im Rahmen der Möglichkeiten einen Erfolg darstelle.

Er bitte die besorgten Bürger:innen darum, nicht gegen die Arbeit des Beirates zu kämpfen und stattdessen den Druck auf den Senat weiter hochzuhalten, sodass ein dauerhaftes Angebot durchgesetzt werden könne. Er bitte weiter um Geduld. Der Beirat gebe sich große Mühe, das Beste für den Stadtteil herauszuholen.

Die OAL verliert den BV von B90/DIE GRÜNEN, SPD, DIE LINKE, CDU, DIE PARTEI und BD.

Beschluss: Der Beirat Neustadt spricht sich für eine höchstens einjährige Verlängerung der vom Ordnungsamt Bremen für den Zeitraum vom 18.03.2024 bis zum 17.03.2025 erteilten Sondernutzungserlaubnis zur Aufstellung eines Containers am Hohentorspark um ein weiteres Jahr aus.

Der Beirat Neustadt begrüßt den am 20.12.2024 durch den Verein für Innere Mission gestellten Antrag auf Verlängerung der Sondernutzungserlaubnis. Der Beirat Neustadt unterstützt ausdrücklich die gute Arbeit der Sozialarbeiter:innen der Inneren Mission und der Ambulanten Suchthilfe am Standort Hohentorspark und in der Neustadt.

Der Beirat Neustadt begrüßt ebenso die engagierte Arbeit der Polizei Bremen am Standort Hohentorspark und Umgebung und fordert weiterhin eine enge Begleitung durch diese.

Begründung: Die Ausbreitung der Drogenszene stellt für den Stadtteil eine Herausforderung dar, auf die der Beirat unter anderem bereits in seinen Beschlüssen vom [24.08.2023](#) und [07.12.2023](#) umfassend inhaltlich eingegangen ist. Auch entsprechende Forderungen an die senatorischen Behörden waren Gegenstand der vorherigen Einlassungen und sollen an dieser Stelle bekräftigt werden.

Eine Verlängerung der Sondernutzungserlaubnis kann und darf aus Sicht des Beirates lediglich eine höchstens einjährige Zwischenlösung bis zur Umsetzung der vom Senat am 12.12.2023 beschlossenen Integrierten Drogenhilfestrategie für die Stadt Bremen darstellen. Da diese Strategie jedoch hohe finanzielle und zeitliche Ressourcen in Anspruch nimmt, ist mit konkreten und sichtbaren Schritten erst im Jahr 2025 zu rechnen.

Um diese anzustoßen, richtet der Beirat Neustadt weitere Beschlüsse mit konkreten Aufforderungen zur Umsetzung des Senatsbeschlusses vom 12.12.2023 an die zuständigen Ressorts; aus Sicht des Beirates müssen dringend und unverzüglich Schritte unternommen werden, um eine Fläche/Immobilie in der Neustadt zu finden und bereitzustellen, die ab dem Jahr 2026 als dezentrale Einrichtung der Drogenhilfe fungieren kann. Mit der Schaffung eines solchen Angebotes würde ein wichtiger Beitrag dazu

geleistet werden, den Eckpunkten 1 und 2 („Maßnahmen mit Stadtteilbezug und Sozialraumorientierung“ sowie „Verlagerung des öffentlichen Konsums in Suchthilfeangebote“) der Integrierten Drogenhilfestrategie Folge zu leisten¹.

Dem Beirat ist bewusst, dass das vorübergehende Bestehenbleiben des Container-Standortes eine Herausforderung für den Stadtteil und insbesondere eine Belastung für die direkten Anwohnenden und Anrainer:innen darstellen würde. Gleichzeitig wird vor einer konkreten Umsetzung der Drogenhilfestrategie keine alternative Möglichkeit zur weiteren Nutzung des bestehenden Standortes gesehen, um Menschen, die unter einer Suchterkrankung leiden oder von Obdachlosigkeit betroffen sind, bis zur Schaffung eines angemessenen Hilfeangebotes, einen Aufenthaltsort in der Neustadt zuzugestehen, der ein minimales Maß an Komfort, Sanitäranlagen und Akzeptanz bietet.

Die Umorientierung des Szenetreffes vom Lucie-Flechtmann-Platz zum Hohentorspark ist mit großen – weiterhin andauernden – Anstrengungen seitens des Beirates, der Behörden sowie der Sozialarbeiter:innen einhergegangen. Um einer Problemlage wie am Lucie-Flechtmann-Platz präventiv entgegenzuwirken, wurden zudem unter anderem folgende Maßnahmen ergriffen:

- Erhöhung der Reinigungsintervalle durch die Stadtreinigung im Straßenraum
- Finanzierung eines zusätzlichen Müllcontainers
- Finanzierung von Reinigungs- und Instandhaltungsmaßnahmen im Hohentorspark
- Erhöhte Polizeipräsenz

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Situation wirbt der Beirat bei den Bürger:innen um Verständnis für den Container-Standort und setzt sich im Zusammenwirken mit den zuständigen Behörden weiterhin dafür ein, die Probleme im Zusammenhang mit dem Szenetreff abzufedern. (einstimmig)

Ein Mitglied der BI teilt mit, dass die Stellungnahme sich auf den alten BV beziehe und mit dem nun gefassten Beschluss keinen Bestand mehr habe. Er bitte dennoch darum, diese im Protokoll zu erwähnen. Die Freude, dass die Anliegen der BI Berücksichtigung gefunden hätten, sei groß. Außerdem bitte er darum, nach Möglichkeit die BI in die Treffen zur Standortsuche zu integrieren. Auch teilt er mit, dass ein Anlieger mit hoher Wahrscheinlichkeit gegen die Verlängerung der Sondernutzungserlaubnis klagen werde.

Die OAL teilt mit, dass es sich um interne Vorgespräche handle. Aus datenschutzrechtlichen Gründen werde die Runde so klein gehalten wie möglich. Eine Teilnahme der BI sei nicht möglich.

Herr Brase-Wentzell von der IM teilt abschließend mit, dass er sehr Dankbar für die konstruktive und sachliche Zusammenarbeit mit dem Beirat und der BI sei. Ihm sei bewusst, dass hier ein großer Kampf ausgefochten werde. Daher sei diese Zusammenarbeit nicht selbstverständlich.

TOP 7. Beschlussfassung zu: Initiierung eines Jugendforums in der Neustadt

Zu diesem TOP liegt ein BV von SPD, DIE LINKE, B90/DIE GRÜNEN und FDP vor.

Der BS teilt mit, dass sich damit ein großes Vorhaben des Beirates vom Anfang der Amtsperiode erfülle. Er freue sich, wenn alle BM dem BV zustimmen. Es sei an der Zeit, dass Jugendlichen im Stadtteil Gehör verschafft werde.

Die OAL verliest den BV.

Beschluss: Der Beirat Neustadt beschließt die Initiierung eines Jugendforums, welches aus mindestens 5 Jugendlichen bestehen soll. Die ganzjährige Begleitung des Jugendforums soll durch eine externe fachliche Person erfolgen.

¹ vgl. [Eckpunkte der Integrierten Drogenhilfestrategie für die Stadt Bremen](#)

Mitglieder eines Jugendforums sind Jugendliche ab Klasse 7 oder im Alter von 12 bis 18 Jahren. Die Jugendlichen müssen im Stadtteil leben und/oder den Schultag und/oder die Freizeit überwiegend im Stadtteilbereich verbringen. Jedoch sollte der größte Teil der Jugendforumsmitglieder im Stadtteil wohnen.

Für die Finanzierung dieser Begleitung stellt der Beirat aus seinen Globalmitteln eine Summe in Höhe von bis zu 4.000,00 € zur Verfügung.

Der Beirat verpflichtet sich die Arbeit des Jugendforums zu unterstützen und einen regelmäßigen Austausch mit dem Jugendforum zu gewährleisten.

Die kommunale Sachbearbeitung des Ortsamtes Neustadt/Woltmershausen begleitet die Arbeit des Jugendforums und der externen Begleitung und unterstützt diese bei administrativen Fragestellungen sowie bei der Abwicklung der Jugendglobalmittel. (einstimmig)

TOP 8. Perspektive ehemaliges Pflegeheim Kirchweg und Übergangwohnheim Grünenstraße

Zu diesem TOP sind Herr Lehr (SASJI) und Herr Krebs (IM) geladen.

Herr Krebs teilt mit, dass er bereits im März 2024 in einer [Sitzung des Fachausschusses Umwelt, Bau, Wohnen, Wirtschaft, Nahversorgung, Gewerbe](#) anwesend gewesen sei, um die Pläne für den Neubaukomplex im Kirchweg vorzustellen.

Im Neubau würden 16 Apartments für Menschen mit Assistenzbedarf errichtet. Auch solle es eine besondere Wohnform für Menschen mit höherem Assistenzbedarf geben. Zusätzlich sei eine Art Mischform angedacht. Hierbei handele es sich um Wohntraining, das auf dem Weg zu einem eigenständigen Leben unterstützen solle.

Es sei seit März weiter geplant worden und Ende 2024 sei der Bauantrag eingereicht worden. Aktuell beschreibe ein Architekt detailliert, welche Schritte die einzelnen Baumaßnahmen beinhalten. Im 2. Quartal 2025 solle mit den Umbaumaßnahmen begonnen werden.

Die OAL teilt mit, dass der Bauantrag dem Beirat bereits zur Stellungnahme vorliege.

Ein Mitglied von DIE LINKE verliest die Stellungnahme.

Stellungnahme: Der Beirat Neustadt begrüßt die Pläne der Inneren Mission, die Gebäude des ehemaligen Altenpflegeheims, Kirchweg 124 – 128 einer neuen Nutzung zuzuführen. Die geplante Einrichtung eines Wohnheims für junge Erwachsene mit Einschränkungen / für Wohngruppen für psychisch kranke Menschen stellt eine Bereicherung des sozialen und pflegerischen Angebots in der Neustadt dar und dürfte auf einen großen Bedarf stoßen. Baurechtlich bestehen seitens des Beirats keine Einwände. (einstimmig)

Herr Lehr berichtet über die Pläne für den Altbau. Er teilt mit, dass nach wie vor viele geflüchtete Menschen nach Bremen kommen würden. In 2025 seien es ca. 500 Geflüchtete pro Monat gewesen. In den vergangenen Jahren habe sich die Situation stark gewandelt. Es würden deutlich mehr kranke Menschen mit hohem Pflegebedarf flüchten. Die aktuellen Einrichtungen für geflüchtete Menschen seien nicht auf derartige Pflegebedarfe ausgerichtet. Daher solle im Altbau eine Geflüchteten Einrichtung installiert werden, die 155 Plätze bereitstellen solle.

Ein Mitglied der FDP teilt mit, dass der Beirat diesem Thema sehr wohlwollend gegenüberstehe. Dennoch sei es für Bremen sicherlich schwer, den geflüchteten Menschen gerecht zu werden, da bekannt sei, dass Bremen immer mehr Menschen aufnehme, als es eigentlich müsse.

Herr Lehr entgegnet, dass es verschiedene Aufnahmesysteme gebe. Eines davon sei die Aufnahme wegen der Familie oder aus humanitären Gründen. Dies beinhalte auch kranke Menschen, bei denen aus gesundheitlichen Gründen häufig die Umverteilung auf andere Bundesländer ausgeschlossen sei. Da sei Bremen tatsächlich in der Überquote. Diese habe sich jedoch seit 2015 aufgebaut. Das heiße, dass Bremen nun nicht mehr so viele geflüchtete Menschen, nach diesem Aufnahmesystem, aufnehmen müsse. Hierbei handele es sich jedoch um eine Situation, die alle Stadtstaaten betreffe. Insgesamt sei

Bremen immer gut im Soll, werde aber nicht über Gebühr Menschen aufnehmen. Er sei sehr dankbar, dass in Bremen die Bereitschaft zur Aufnahme geflüchteter Menschen immer noch so groß sei.

Ein BM von DIE PARTEI erkundigt sich danach, wie die Unterbringung der Familien angedacht ist. Herr Lehr erläutert, dass kranke Menschen nach Bremen flüchten. Diese müssten nicht alleine hier leben. Die Pflege alleine aus Steuermitteln zu finanzieren sei notwendig, wenn keine Familie zugegen sei, die die Pflege ebenfalls übernehmen könne. Daher sei angedacht, die Familien gemeinsam unterzubringen.

Zwei BM von DIE LINKE und B90/DIE GRÜNEN teilen mit, wie froh sie darüber sind, dass ein derartiges Angebot in der Neustadt entstehe und so einerseits dem Leerstand entgegengewirkt werden könne und andererseits eine adäquate Unterbringung für Menschen mit besonderen Pflegebedarfen geschaffen werde. Der Stadtteil habe eine große Bereitschaft, geflüchteten Menschen zu helfen.

Ein BM der Partei BSW erkundigt sich danach, ob ausreichend Pflegekräfte zur Verfügung stehen würden und wie die bevorstehenden sprachlichen Barrieren bewältigt werden könnten.

Herr Lehr entgegnet, dass es natürlich schwer sei, bei dem vorherrschenden Fachkräftemangel geeignetes Pflegepersonal zu finden. Dies sei jedoch ein branchenweites Problem, mit dem man umgehen müsse. Bzgl. der Mehrsprachigkeit bestehe eine Kooperation mit einem großen Projekt, die sehr gut funktioniere.

Ein BM von DIE LINKE formuliert für den Beirat:

Die Perspektive, im vorderen Bereich des Gebäudes in Zusammenarbeit mit der Sozialbehörde eine Flüchtlingsunterkunft für Menschen mit Pflegebedarf zu entwickeln begrüßt der Beirat ausdrücklich und freut sich, dass mit dieser angestrebten Nutzung der lange Leerstand der Immobilie in absehbarer Zeit beendet ist.

Die OAL leitet über zu einem vom Sozialressort angekündigten Anliegen zur Verlängerung eines Mietvertrages für ein Übergangswohnheim in der Grünenstraße.

Herr Lehr erläutert, dass es sich bei dem Übergangswohnheim in der Grünenstraße um eine kommunale Einrichtung handle, die 105 Plätze für geflüchtete Menschen bereithalte. Der Mietvertrag laufe Mitte des Jahres aus. Der Standort dort laufe gut, weshalb der Mietvertrag gerne verlängert werden solle.

Stellungnahme: Der Beirat nimmt dieses Vorhaben zur Kenntnis. (einstimmig)

Abschließend teilt Herr Krebs mit, dass der Name, der für das Bauprojekt gewählt worden sei, Sozialcampus Käthe laute. Dieser sei angelehnt an Käthe Popall. Sie sei die erste Frau in der Bremischen Bürgerschaft gewesen, sowie Senatorin für Gesundheit und Flüchtlinge. Sie habe sich gegen eine rechte Gesinnung eingesetzt und sei in vielerlei Hinsicht wegweisend im sozialen und gesundheitlichen Bereich gewesen.

TOP 9. Stellungnahme zu: Mittelverteilung für die offene Kinder- und Jugendarbeit 2025

Frau Huschke und Frau Jank vom AfSD berichten zu diesem TOP.

Frau Huschke verweist zu Beginn ihrer Ausführungen auf eine Aufstellung zur Mittelverteilung, die allen BM zugegangen sei. Sie teilt mit, dass sie gemeinsam mit dem CA die Mittelverteilung der OKJA-Mittel für 2025 bearbeitet habe. Dabei sei eine Summe von 596.317,89 € für Träger:innen in der Neustadt verteilt worden. Für dieses Jahr habe man erneut vor der Schwierigkeit gestanden, dass mehr Mittel beantragt worden seien, als für die Vergabe zur Verfügung gestanden hätten. Es habe überdies keine Möglichkeit bestanden, von anderer Stelle weitere Mittel zu erhalten. Daher habe man den Anträgen nicht in vollem Umfang entsprechen können.

Die Mittel seien folgendermaßen verteilt worden:

Freizi Buntentor: 183.000,- €

Projekt Hohentor: 8.000,- €

Freizi DRK: 183.000,- €

Gewitterziegen e.V.: 106.000,- €

Projekt Hohentor der Grundschule Oderstraße und Hort Mainstraße: 8.000,- €

Projekt JuHu der Circusschule Jokes e.V.: 56.317,98 €

Martinsclub Bremen e.V.: 52.000,- €

Der Controllingausschuss habe dem Mittelverteilungsvorschlag des AfSD nicht zugestimmt. Die dort beteiligten Vertretenden des Beirates Neustadt hätten den Vorschlag abgelehnt und die Trägervertreter:innen hätten sich enthalten. Da es im Controllingausschuss zu keiner Einigung gekommen sei, sei die Zuständigkeit zur Mittelverteilung an die Leitung des AfSD übergegangen. Davor habe es ein Schlichtungsgespräch gegeben, das auch nicht zu einer Einigung geführt habe. Bei der Entscheidung seien viele Punkte berücksichtigt worden und die Mittelverteilung, wie aufgeführt, durch die AfSD-Leitung beschlossen worden.

Ein BM von DIE LINKE teilt mit, dass ein neues Bedarfsermittlungsverfahren für die OKJA-Mittel vorgestellt worden sei. Könne damit den gestiegenen Anforderungen an die jährliche Mittelverteilung begegnet werden?

Frau Jank antwortet, dass das neue Bedarfsermittlungsverfahren eingeführt werde, es jedoch nicht dafür sorgen werde, dass mehr Mittel zur Verfügung gestellt würden, diese würden lediglich anders verteilt. Insgesamt müsse man sich nach wie vor bei der Mittelverteilung darüber Gedanken machen, welche Bedürfnisse es aktuell und auch zukünftig im Stadtteil gebe und welche Angebote diese erfüllen könnten. Der neue Ansatz sei jedoch unabhängig von der Mittelverteilung für 2025 zu betrachten.

Ein Mitglied der FDP gibt zu bedenken, dass sie es für keine gute Lösung erachte, die Mittel bei funktionierenden Projekten einzukürzen. Es handle sich hier um wichtige Arbeit, die viele Jugendliche aufnehme. Vor ein paar Jahren habe der Beirat sich für die Errichtung eines Zirkuszeltens für Jokes eingesetzt.

Frau Jank erläutert, dass die Zirkusschule dasselbe Geld erhalte wie 2024. Bei der Zirkusschule wolle sie herausstellen, dass nur ein Teil der Finanzierung über die OKJA-Mittel laufe. Die Zusammenarbeit von Jokes mit den Schulen werde darüber hinaus über das Bildungsressort gefördert.

Ein Mitglied von DIE LINKE erläutert die Arbeit im Controllingausschuss. Alle Argumente der Träger seien sich angehört worden und alle Projekte seien wichtig. Die Bedarfe seien jedoch deutlich höher, als an Finanzierung zur Verfügung gestanden habe. Daher sei der Mittelverteilung von Seiten des Beirates nicht zugestimmt worden. Die Kosten für Personal, Miete, Strom etc. seien derart gestiegen, dass auch die Konkurrenz zwischen den Trägern um die Mittel groß sei. So sei in den Gesprächen der eigentliche Fokus verloren gegangen. Der Kampf um mehr Geld sei seit Jahren immer wieder Thema, gleichzeitig müsse mit dem bestehenden Geld so geplant werden, dass die Träger sich auch langfristige Angebote und Projekte vornehmen könnten. Dies sei aktuell kaum möglich.

Der BS fasst zusammen, dass es hier um ein grundlegendes Problem in der Neustadt gehe. Es gebe vier Einrichtungen, von denen mittlerweile lediglich nur noch drei adäquat finanziert werden könnten. Dies habe massive Auswirkungen auf die Öffnungszeiten, Angebote und vieles mehr. Fraglich sei, ob man mit weniger Einrichtungen ein konstant angemessenes Betreuungsangebot erzielen könne. Hier gehe es um eine Debatte, der man sich zeitnah stellen müsse.

Ein BM der SPD-Fraktion teilt mit, dass die neuen Mittelverteilungsgrundsätze kein Allheilmittel darstellen würden. Dies führe nicht zu mehr Mitteln. Der Beirat stehe vor dem Problem, die Angebote priorisieren zu müssen. Alle Angeboten seien wichtig und hätten ihre Berechtigung. Fakt sei, dass für die

OKJA nie genug Mittel zur Verfügung stehen würden, um alle Anträge in vollem Umfang bedienen zu können.

Eine Dame des Gewitterziegen e.V. erläutert, dass dieser Verein einen geschützten Ort für Mädchen darstelle, die keine andere Jugendeinrichtung besuchen würden. Sie könne die Ausführungen von Frau Jank und die Kürzung der Mittel für Gewitterziegen e.V. nicht nachvollziehen.

Frau Jank erwidert, dass die genauen Erläuterungen für diesen einen Träger in dieser Runde den Rahmen sprengen würden.

Ein BM der SPD gibt an, diesen Punkt gerne noch einmal im Fachausschuss Soziales, Bildung, Jugend, Kultur, Gesundheit zu beraten.

Anschließend verliert er den hierzu eingereichten [BV](#) von der SPD-Fraktion.

Beschluss: Der Beirat Neustadt lehnt den Mittelverteilungsvorschlag des Sozialzentrums Süd für die stadtteilbezogene Jugendförderung für das Jahr 2025 ab. Die Ablehnung des Mittelverteilungsvorschlags ist dem Jugendhilfeausschuss (Stadt) als zuständiger Stelle vorzulegen, um das notwendige Einvernehmen herzustellen.

Eine Zuwendung, welche die von den Trägern angemeldeten Mehrbedarfe nicht berücksichtigt, führt bei allen Trägern zur Verschlechterung der Angebote.

Der Beirat erwartet, dass Angebote mit besonderer Bedeutung für die Umsetzung der Ziele des Stadtteilkonzepts vorrangig gefördert werden.

Der Beirat Neustadt fordert die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration auf, den Mittelansatz für die Förderung der stadtteilbezogenen Offenen Jugendarbeit im Rahmen der nächsten Haushaltsberatungen wieder, um mindestens 7% zu erhöhen. (einstimmig)

TOP 10. Stadtteilbudget Verkehr: Staudenpflanzungen im Hohentorspark

Zu diesem TOP liegt ein [BV](#) der beiden Beiratssprechenden vor, der vom BS verlesen wird. Zusätzlich bedankt er sich bei dem Umweltbetrieb Bremen für die gute und immer kooperative Zusammenarbeit.

Beschluss: Der Beirat Neustadt stellt dem Umweltbetrieb Bremen finanzielle Mittel in Höhe von bis zu 9.000 € aus seinem Stadtteilbudget Verkehr zur Verfügung, um Nachpflanzungen und Maßnahmen zum Erhalt der Anpflanzungen im Bereich des Hohentorsparks zu finanzieren. Hierbei handelt es sich um Maßnahmen, die vor allem in den Bereichen stattfinden, die weit vom Container entfernt sind.

Begründung: Der Hohentorspark ist durch den Umzug des Containers unter besonderem Druck und auch im besonderen Blick der Öffentlichkeit. Der Park soll auch mit dem Containerstandort ein Naherholungsort für die Neustädter*innen sein. Um die Aufenthaltsqualität sicherzustellen müssen Erhaltungsmaßnahmen vorgenommen werden und auch Neupflanzungen stattfinden. Der Beirat dankt dem Umweltbetrieb Bremen und insbesondere seinen Mitarbeiter*innen für die stets konstruktive Zusammenarbeit in Bezug auf die Situation im Hohentorspark. Die Mittel können durch UBB bei Bedarf abgerufen werden. (einstimmig)

TOP 11. Beschlussfassung zu Globalmittelanträgen

a) Antrag: Hoppenbank e.V., Zuschuss für das Projekt „Ambulant betreutes Wohnen“, Antragssumme: 1.513 €, (Nr.01/2025)

Frau Böhning vom Hoppebank e.V. berichtet: das Projekt biete Platz für 24 Bewohner:innen und helfe Menschen, die aus der Haft entlassen worden seien, dabei, wieder in eine Tagesstruktur zu finden. Der BS bedankt sich bei Frau Böhning und den gesamten Verein für das Engagement und auch das Housing First Projekt.

Beschluss: Der Beirat beschließt dem Hoppebank e.V. für das Projekt „Ambulant betreutes Wohnen“, Zuschuss für diverse Freizeitaktivitäten und Lebensmittel für gemeinsame Mahlzeiten mit den Bewohnern, aus Globalmitteln 1.513 € zur Verfügung zu stellen. (einstimmig)

b) Antrag: Evangelische Gemeinde Bremen-Neustadt, Zuschuss für eine Fahrt nach Krakau und Auschwitz, Antragssumme: 5.000 €, (Nr.02/2025)

Herr Lieberum, Pastor der Evangelischen Gemeinde Bremen-Neustadt, erläutert, dass diese Fahrt 2019 schon einmal stattgefunden habe. Ganz bewusst habe er sich die Fahrt aus aktuellem Anlass des 80-jährigen Jubiläums der Befreiung aus Auschwitz, noch einmal vorgenommen.

Der BS teilt mit, an der Abstimmung über diesen Antrag nicht teilzunehmen. Er plane, selbst an der Fahrt teilzunehmen und er werde selbstverständlich nicht von den Beiratsmitteln profitieren, sollte die Fahrt über Globalmittel gefördert werden.

Beschluss: Der Beirat beschließt der Evangelischen Gemeinde Bremen-Neustadt für die geplante Fahrt nach Krakau und Auschwitz aus Globalmitteln 5.000 € zur Verfügung zu stellen. (einstimmig)

c) Initiativantrag des Beirates Neustadt: Förderung von 10 Einsätzen des Bewegungs- und Ernährungsmobils (Bemil) in der Landesaufnahmestelle Duckwitzstraße, Antragssumme: 3.500 € (Nr.05/2025)

Frau Sterlzig von der AWO Bremen berichtet über das geplante Projekt. Die Geflüchteten Unterkunft in der Duckwitzstraße biete Platz für 300 geflüchtete Menschen und aktuell würden dort ca. 200 Menschen leben. Unter ihnen seien viele Kinder, die nicht am Regelschulsystem teilnehmen könnten und anderweitig keine Bewegungsmöglichkeiten geboten bekommen würden, da es nahe der Landesaufnahmestelle keine Spielplätze gebe.

Beschluss: Der Beirat beschließt für die Förderung von 10 Einsätzen des dem Hoppebank e.V. Bewegungs- und Ernährungsmobils (Bemil) in der Landesaufnahmestelle Duckwitzstraße aus Globalmitteln 3.500 € zur Verfügung zu stellen. (einstimmig)

d) Initiativantrag des Beirates Neustadt, Antrag zur Pflege und Erhaltung des Rosenbeetes in der Neustadt, Antragssumme: 300,00 € (Nr.06/2025)

Frau Bertholt erläutert, stellvertretend für alle Freiwilligen, die an der Pflege des Rosenbeetes beteiligt sind, die Arbeit.

Ein Mitglied von B90/DIE GRÜNEN bedankt sich für den Vortrag und das schöne Projekt. Das Rosenbeet werde von vielen Menschen genossen und stellen gerade am Eingang zur Neustadt einen schönen Erholungsort dar. Sie sei froh über die gut funktionierende Zusammenarbeit, auch mit dem Umweltbetrieb Bremen.

Beschluss: Der Beirat beschließt dem Team vom „Rosenbeet in der Neustadt“ für 2025 insgesamt 300,- € aus Globalmitteln zur Verfügung zu stellen.

Der Beirat bedankt sich namentlich bei Frau Berthold, Frau Timmermann und Frau Wilkens stellvertretend für alle engagierten Mitglieder des Teams für die nun schon seit Jahren geleistete engagierte Arbeit. (einstimmig)

12. Verschiedenes

./.

Johannes Osterkamp
Beiratssprecher

Uwe Martin
Sitzungsleitung

Viktoria Hochlan
Protokollführung